

habe zu „einer Art Gewöhnungsprozess“ geführt, mit dem der Vf. erklärt, „warum die Deutschen im Osten so bereitwillig Handlungen begingen, die ihnen in der Heimat kaum je in den Sinn gekommen wären“ (S. 82). Exzessive Gewalt galt als legitim, „um die eigene, vorteilhaft bewertete Existenz als Besatzer zu schützen“ (S. 102). Joachim T a u b e r untersucht die litauische Lokalverwaltung in Wilna (Vilnius) in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Mit Blick auf die Handlungsspielräume der einheimischen Exekutive, die an der Vernichtung des Gettos ihren Anteil hatte, stellt er abschließend fest, dass das „Beziehungsgeflecht“ zwischen Besatzern, litauischer Verwaltung und dem Getto „vielschichtiger und komplexer war als bisher angenommen“ (S. 114). Weitere Beiträge von Franz Sz. H o r v á t h und Shlomo A r o n s o n sind der antijüdischen Politik in Nord-siebenbürgen bzw. der Geschichte des Budapester Gettos gewidmet. Patrick D e s b o i s und Edouard H u s s o n stellen „Yahad-in Unum“, ein Oral History-Projekt der Universität Sorbonne-Paris IV vor, das den alltäglichen Vernichtungsprozess in der Ukraine besser dokumentieren soll. So seien in Busk 17 nach dem Krieg nicht geplünderte Massengräber entdeckt und Zeugen der Massenerschießungen befragt worden, die meist als untergeordnete Helfer der Mordkommandos oder passive Zuschauer das Geschehen beobachtet hatten. Parallel dazu wurden Unterlagen der sowjetischen Untersuchungskommissionen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit ausgewertet. Jürgen Z a r u s k y hat eine Reportage des russisch-jüdischen Kriegsreporters der Roten Armee Wassili Grossman (1905-1964) ediert und übersetzt. Im Herbst 1943 schilderte er in „[Die] Ukraine ohne Juden“ sehr eindrücklich seine Beobachtungen und Gefühle bei der Rückeroberung der ukrainischen Gebiete; unter den Ermordeten war seine Mutter, die in Berdyčiv, Grossmans Heimatstadt, als Lehrerin tätig gewesen war. Im russischen Original konnte der Journalist seinen Text damals nicht publizieren – Ende 1943 erschien nur eine jiddische Übersetzung in dem Blatt des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (S. 191).

Der schmale Band vermag unserem Bild von der Vorbereitung und dem Verlauf des nationalsozialistischen Judenmords, das insbesondere in Bezug auf Osteuropa in weiten Bereichen noch recht unvollständig ist, neue Facetten hinzuzufügen. Auf der Grundlage neuerer Forschungsergebnisse müssten eine Reihe von Behauptungen und Zahlenangaben richtig gestellt werden, was hier aus Platzgründen unterbleiben soll. Ein Personenregister erleichtert die schnelle Orientierung.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Der nationalsozialistische Genozid an den Roma Osteuropas. Hrsg. von Felicitas Fischer von Weikersthal, Christoph Garska, Urs Heftrich und Heinz-Dietrich Löwe. Böhlau Verlag. Köln u.a. 2008. 343 S. ISBN 978-3-412-20181-4. (€ 44,90.)

Die Publikation fasst – mit Ausnahme des Beitrags von Urs Heftrich zum Genozid an den Roma der Tschechoslowakei und dessen literarischer Verarbeitung – die Ergebnisse eines Forschungskolloquiums an der Universität Heidelberg im Jahr 2005 zusammen, wo die Herausgeber am Slavischen Institut bzw. dem Seminar für osteuropäische Geschichte tätig sind.

Die Mehrheit der elf Beiträge entstammt deutschsprachigen Ländern oder ist schon vor Jahren aus Rumänien (Brigitte Mihok) beziehungsweise der Tschechoslowakei (Karel Vodíčka) in die BRD eingereist. Diese Autoren präsentieren mithin eine Außensicht auf die Situation der Roma in den osteuropäischen Ländern. Markus Pape lebt in Prag, Sławomir Kaprański in Warschau, und nur Ljativ Semir ist Rom – und der einzige Beiträger mit „Innensicht“ auf den Roma-Holocaust in Osteuropa und dessen literarische Verarbeitung. Das hat Gründe: Bislang war der nationalsozialistische Holocaust an den osteuropäischen Roma nicht nur in der Historiografie, sondern auch in den Künsten ein vernachlässigter Gegenstandsbereich. Die Ursachen dafür macht der Sammelband deutlich:

1. In den sozialistischen Ländern war NS-Opfer nicht gleich NS-Opfer, sondern es gab eine Rangfolge des Leidens: Das offizielle Gedenken galt vordergründig den aus politischen Gründen Verfolgten – und hier vor allem Gegnern des Nationalsozialismus aus kommunistischer bzw. sozialdemokratischer Überzeugung; nachrangig war der bürgerliche Widerstand, und dem Terror gegen Verfolgte anderen Glaubens und anderer Ethnien wandte man sich erst recht nur sehr zögerlich zu.

2. Wenngleich die Formen von Gewalt gegen Roma sich von dem antijüdischen Terror kaum unterschieden haben, kann man nicht von einem systematisch betriebenen, ideologisch legitimized Genozid sprechen. Art, Zeitpunkt, Umfang und Begründung für Deportation – und oftmals schließlich Liquidation – der Roma haben sich in den einzelnen Ländern voneinander unterschieden.

3. Für die Erlebnisgeneration der Roma trifft (ebenso wie für Juden) zu, dass sie es nicht vermocht haben, ihr Leiden zur Sprache zu bringen. Erst die Enkelgeneration stellt sich – nun aus historischer Distanz – der Erinnerung.

4. Der Tod spielt in der Romakultur eine besondere Rolle: Wer tot ist, entfällt dem familiären wie dem kulturellen Gedächtnis. Das Bedürfnis, sich an Opfer der Romapogrome zu erinnern – sei es durch Denkmal, Erzählung oder Dokumentation – ist folglich wenig entwickelt.

5. Kunstausübung ist an materielle Voraussetzungen gebunden: Wer schreiben will, muss Lesen und Schreiben können sowie Zeit dazu finden, und das Tun muss von seiner Umwelt toleriert werden. Das trifft auch für Malerei und Plastik zu, wobei die Beschaffung des Materials für bildende Künstler ein zusätzliches Erschwernis darstellt. (In mehreren Aufsätzen wird die mangelnde Akzeptanz der Roma-Laienkünstler in ihren Familien thematisiert.) Die Folge: Es existiert nur eine geringe Zahl künstlerischer Zeugnisse der Roma-Verfolgung, für deren Bewertung unsere mitteleuropäischen Maßstäbe nur bedingt geeignet sind.

6. An der Verfolgung und Vernichtung der Roma durch die deutsche Wehrmacht haben in den besetzten Ländern einheimische Kollaborateure einen erheblichen Anteil gehabt. Diesen Umstand aufzudecken hätte bedeutet, die These von der Alleinschuld der deutschen Nationalsozialisten am Roma-Genozid zu relativieren. Daran bestand auch unter sozialistischen Verhältnissen kein Interesse.

Diese (für mich teils neuen Erkenntnisse) bedenkend, kann dem Band ein hoher Informationswert bescheinigt werden. Das gilt für die vorangestellten historischen Aufsätze ebenso wie für die Betrachtungen zur literarischen und bildkünstlerischen Verarbeitung des Genozid-Stoffes. Ob es freilich sinnvoll ist, Werke der bildenden Kunst ausschließlich verbal zu präsentieren, ist sicherlich kontrovers zu diskutieren. Die Lesbarkeit stören auch Anmerkungen, deren Umfang dem des Textes kaum nachsteht. Dabei ist nicht grundsätzlich etwas gegen einen differenzierten wissenschaftlichen Apparat einzuwenden. Gerade bei einem bislang in der Forschung vernachlässigten Themenbereich ist er für weitere Untersuchungen hilfreich, insbesondere dann, wenn schwer zugängliches Archivmaterial verwendet worden ist. In dem Beitrag von Felicitas Fischer von Weikersthal halte ich diese Grenze für überschritten.

Dass die einzelnen Beiträge stilistisch sehr unterschiedlich sind, muss kein Nachteil sein – nicht alle Beiträge sind Muttersprachler, nicht alle Beiträger halten es mit Karl Popper, der bekanntlich beim Niederschreiben eines Aufsatzes von seinem *alter ego* gefragt worden ist, ob er es nicht einfacher sagen könne. Nicht alle Kolloquiums-Beiträger dürften sich bei ihrem mündlichen Vortrag an ein Zeitlimit gehalten haben; hier hätte man vielleicht bei der Druckfassung etwas Zurückhaltung empfehlen können. (Gerade als Literaturwissenschaftlerin wünsche ich mir von meinen Fachkollegen bisweilen weniger Paraphrasen und mehr textgestützte Argumente.) Warum der Beitrag von Kapralski als Einziger auf Englisch publiziert ist, erklärt zwar die Vita des Autors – aber vielleicht wäre es möglich gewesen, durchgängig Deutsch als Wissenschaftssprache zu verwenden.

Bei allen kritischen Anmerkungen im Detail: Es ist ein wichtiges Buch entstanden, das eine Forschungslücke mehr kenntlich macht als schließt; hoffentlich ist es Anregung für weitere Untersuchungen, auch solche mit Innensicht und einem konsequenter umgesetzten komparatistisch-imagologischen Anspruch in den Interpretationen literarischer Texte, der auch eine präzisere Verwendung von Begriffen wie „Bild“ oder „Stereotyp“ impliziert.

Plzeň

Elke Mehnert

Social Care under State Socialism (1945-1989). Ambitions, Ambiguities and Mismanagement. Hrsg. von Sabine Hering. Barbara Budrich Verlag. Opladen 2009. 264 S. ISBN 978-3-86649-168-7. (€ 28,-)

Sabine Hering hat als Herausgeberin zusammen mit 22 weiteren Autor/inn/en einen Sammelband vorgelegt, der Sozialfürsorge, soziale Arbeit und Sozialpolitik in allen ehemals staatssozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas unter unterschiedlichen Aspekten beleuchtet. Die Beiträge wurden meist von Wissenschaftler/inne/n der jeweiligen Länder verfasst. Der Band basiert auf einer langjährigen Zusammenarbeit im Rahmen des Network of Historical Studies on Gender and Social Work und vereinigt Beiträge zu einem breiten Themenspektrum (soziale Arbeit im engeren Sinne zum Schutz von Kindern, Mütterfürsorge, Erholung, Sozialpädagogik, Familienpolitik bis hin zu einigen grundsätzlicheren Abhandlungen über die Systeme sozialer Sicherheit und Sozialfürsorge), wobei nicht jedes Feld für jedes Land angesprochen werden kann.

Dabei besteht – darauf weist die Hrsg.in gleich zu Beginn hin – eine grundsätzliche Schwierigkeit darin, die Widersprüchlichkeiten in diesem Feld adäquat zu erfassen: der Widerspruch zwischen dem proklamierten umfassenden sozialen Anspruch dieser Länder, der nicht nur über Sozialpolitik verwirklicht werden sollte, sowie den bemerkenswerten Ergebnissen sozialer Absicherung großer Teile der Bevölkerung auf der einen Seite und den grundsätzlichen wie partiellen Defiziten der sozialen Absicherung für bestimmte Bevölkerungsgruppen sowie in bestimmten Bereichen auf der anderen Seite. Von großem Nachteil war zweifellos, dass die Traditionen sozialer Arbeit und die dementsprechenden Berufe und fachlichen Qualifikationen der Sozialfürsorge, die bereits vor 1945 entwickelt waren, nicht adäquat weitergeführt wurden, so dass bedürftige und benachteiligte Gruppen oft nicht die erforderliche professionelle Hilfe erhalten konnten. Andererseits wurden nicht selten Aufgaben der sozialen Arbeit von anderen Berufsgruppen mit übernommen (wie sozialpädagogische Aufgaben von den Instruktoren der Arbeiter- und Bauernfakultäten, vgl. Beitrag von Ingrid M i e t h e), oder diese Aufgaben wurden an Massenorganisationen delegiert.

Der Hintergrund für die Defizite bestand zum einen darin, dass die Existenz einer ganzen Reihe von Problemen nicht anerkannt wurde, wie etwa Gewalt gegenüber Frauen und Kindern, sexueller Missbrauch, Alkoholismus, später auch AIDS, und auf sie folglich auch nicht angemessen reagiert werden konnte. Dies entsprang auch der sozialistischen Ideologie von der grundsätzlichen Übereinstimmung gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen, nach der eine Art „Reparaturbetrieb“ des Gesellschaftssystems, der persönliche Notlagen und Probleme hätte bearbeiten können, nicht nötig und auch abzulehnen sei. Soziale Arbeit und Fürsorge wurde als Begleiterscheinung des sterbenden Kapitalismus angesehen (S. 93), die sich mit dem sozialistischen Aufbau selbst überflüssig machen würden. Diese Vorstellung ging insoweit auf, als die Arbeitslosigkeit überwunden und über das Recht, aber auch die Verpflichtung zur (bezahlten) Arbeit der Zugang der Mehrheit der Menschen zu sozialen Rechten gesichert wurde. Umfassende Maßnahmen wurden in Bezug auf die Familienpolitik, die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit und die Betreuung von Kindern verwirklicht. Andere Probleme dagegen, die sich nicht im Rahmen der Befähigung zur Erwerbsarbeit lösen ließen, wie beispielsweise die Integration von Menschen mit schweren Behinderungen, wurden dagegen kaum politisch angegangen.